

Der Veränderung auf der Spur Demokratie lebt von Protest

Carlo Lejeune

Im September 2014 war die Aufregung groß. Die Wallonische Region stellte in Lichtenbusch und auf Steinebrück Willkommensschilder mit der Aufschrift „Wallonie - Willkommen – Bienvenue – Welkom – Welcome“ auf. Die ostbelgischen Parteien protestierten, zahlreiche Leserzuschriften wurden veröffentlicht und die Schilder wurden beschmiert.

Viele deutschsprachige Belgier fühlten sich durch die Politiker der Wallonischen Region provoziert. Immer wieder hatten diese gezeigt, dass sie das Selbstverständnis der Minderheit in Namur nicht wahrnahmen, wenn sie diese als Wallonen, als deutschsprachige Wallonen oder als integralen Teil der Wallonie bezeichneten oder dies sogar auf Schildern zum Ausdruck brachten. Starken Protest riefen beispielsweise entsprechende Aussagen des Wallonischen Minister-Präsidenten Van Cauwenberghe (PS) im Juli 2002 oder des wallonischen Regionalministers Prévot (CDH) im Juli 2017 hervor. Auch 2014 war die Front der Protestler groß und recht geschlossen.

Das war Anfang der 1970er Jahren noch anders. Im Alltag erlebte ich als Kind eine Welt, in der uns Kindern häufig gesagt wurde, dass allein die Kenntnis der französischen Sprache „uns im Leben weiterbringen“ werde. Ich habe erlebt, dass auf der Post Beamte mit mir als Kind französisch sprachen, obwohl sie wussten, dass ich diese Sprache nicht beherrschte. Ich registrierte, dass alle Ortsnamen in Ostbelgien zweisprachig ausgewiesen wurden, dies in der angrenzenden Malmédyer Wallonie aber nicht der Fall war, was ich nicht verstand. Ich sah, dass dies manche Erwachsenen nicht störte, andere hielten sich bedeckt, wiederum andere zeigten ihren Ärger.

Dann folgten seit den 1970er Jahren immer wieder Nacht-und-Nebel-Ak-



Übermaltes Verkehrsschild bei Steinebrück - Ausdruck von Protest oder Sachbeschädigung?
(© Grenzecho)

tionen, bei denen die französischsprachigen Ortsbezeichnungen auf den Straßenschildern überpinselt wurden. Die Erwachsenen diskutierten darüber. Viele fragten sich, welche Rolle sie denn in diesem mehrsprachigen Belgien spielten, wenn weder ihre Muttersprache noch die Ortsnamen noch der Dialekt respektiert würden. In einer Zeit ohne Internet wussten wohl nur die wenigsten, dass diese Form des Protests zu dieser Zeit schon in vielen Minderheitenregionen angewandt wurde.

Die Föderalistische Union europäischer Nationalitäten (FUEN), die wichtigste Minderheitenvertretung in Europa, schreibt heute zu den Ortsschildern, dass „das Recht auf Nutzung und Sichtbarmachung der traditionellen Orts-, Flur- und Straßennamen sowie anderer topographischer Schilder“ ein Minderheitenrecht sei. Eine Argumentation oder Begründung fehlt.

In Ostbelgien standen sich unterschiedliche Argumentationsstränge gegenüber. Die Befürworter von zweisprachigen Schildern klagten, dass die Übermalaktionen eine juristisch relevante Sachbeschädigung sei. Für

sie waren zweisprachige Schilder ein Zeichen von Offenheit.

Die Gegner der zweisprachigen Orts- und Hinweisschilder führten an, dass die Mehrheitsgesellschaft durch eine Übersetzung der Ortsnamen eine sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Dominanz auszudrücken versuche und zweisprachige Ortsnamensschilder nur eine Scheinanerkennung von Minderheiten sei. Dies werde beispielsweise in Frankreich (z. Bsp. Bretagne, Korsika) oder Großbritannien (z. Bsp. Wales) deutlich. Manche plädierten für das Schweizer Prinzip, das alleine die Originalbezeichnung eines Ortes als Zeichen der Toleranz in einem mehrsprachigen Staat zulässt und auch für Belgien modellhaft sein sollte. Andere verwiesen auf das durch die Menschenrechte gedeckte Recht auf Widerstand gegen diese Form kultureller Assimilation.

Das Grenzecho berichtet am 19. März 2015 völlig emotionslos, dass die beiden Schilder „mit schwarzer Farbe überstrichen“ bzw. „beschmiert“ worden seien, und wiederholt die Chronik der Ereignisse. Die Aktion in Steinebrück war der Regionalzeitung keine Meldung wert.